

Jörg Roesler

Kurzfristige und langandauernde Wirkungen der Kriegswirtschaft in der UdSSR und den USA während des Zweiten Weltkrieges

Vortrag vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 11. September 2014

1. Einleitung

Kriegswirtschaft, definiert als Unterordnung aller wirtschaftlichen Aktivitäten eines Landes auf die Verteidigung bzw. den Sieg in einem militärischen Konflikt, ist in der Wirtschaftsgeschichte ein bekannter Begriff.¹ Doch auch im „Jahrhundert der Extreme“ überwog die Friedenswirtschaft, in der Geschichtsschreibung wenig exakt bezeichnet als die Zeit vor, nach oder zwischen Kriegen, in der die Produktion im 20. Jahrhundert in Marktwirtschaften auf Profitmaximierung und in Planwirtschaften auf die Erfüllung von Perspektiv- und Jahresplänen ausgerichtet war. Die Kennzeichnung Friedenswirtschaft bezog sich auf die gesamte Volkswirtschaft und schloss Rüstungsproduktion in einigen Volkswirtschaftszweigen nicht aus.

In diesem Beitrag geht es um die ökonomischen und sozialen – bedingt auch um die politischen – Auswirkungen von Kriegseintritt, Kriegsverlauf und Kriegsbeendigung auf die Wirtschaft der betroffenen Länder – in diesem Falle die der USA und der UdSSR. Dabei wird den in den Untersuchungen zur Kriegswirtschaft weniger beachteten Veränderungen in der Wirtschaftsordnung während des Krieges und in der Nachkriegszeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

2. Kriegseintritt wider Willen

Der mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September 1939 beginnende Zweite Weltkrieg bewog zunächst einmal weder die Regierung der USA noch die der UdSSR ihre Haltung zu drohenden militärischen Ausein-

1 Mottek, H./Becker, W./Schröter, A., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriss Bd. III, Berlin 1974, S. 198f.

andersetzungen zu ändern. Im Jahr zuvor waren die Annexion Österreichs und die Besetzung der Tschechoslowakei von beiden Mächten hingenommen worden. Diese Haltung war durch den Wunsch gekennzeichnet, in die beginnenden militärischen Auseinandersetzungen nicht hineingezogen zu werden. Die Gründe dafür waren unterschiedlich: In den USA herrschte die Auffassung, dass die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Kämpfen während des Ersten Weltkrieges für die USA nur Belastungen und keine Vorteile gebracht habe. In der Sowjetunion war man entschlossen, alle Kräfte auf die Vollendung der Ende der 20er Jahre begonnenen „sozialistischen Industrialisierung“ zu setzen und die Vorgaben des 3. Fünfjahrplans (1938-1942) zu realisieren. In diesem Zusammenhang ist auch der Abschluss eines Nichtangriffspaktes der Sowjetunion mit Nazideutschland zu sehen.² Eine derartige, von den Historikern auch als Isolationismus bezeichnete Haltung hatte logischer Weise den Verzicht auf der bedrohlichen Weltlage adäquate militärische und wirtschaftliche Kriegsvorbereitungen zur Folge. Die Militärausgaben der USA betrug 1939 mit 1,24 Mrd. Dollar 1,4 % des Bruttosozialprodukts, nur unwesentlich mehr als 1938. In der UdSSR belief sich 1938 der Verteidigungshaushalt auf die noch verhältnismäßig bescheidene Summe von 18,7 % des Budgets.³

Wenn der Isolationismus so auch wesentlich den noch geringen Militarisierungsgrad beider Staaten Ende der 30er Jahre prägte, so wurde diese Haltung weder in den USA noch in der UdSSR von der gesamten politischen Klasse geteilt. Präsident Roosevelt hatte im Oktober 1937 in einer vielbeachteten Rede „quarantine the aggressors“ gefordert. Er verlangte, Deutschland, Italien und Japan unter Quarantäne zu stellen, konnte sich aber gegen eine isolationistische Mehrheit im Kongress nicht durchsetzen.⁴ In der UdSSR konzentrierte der im Januar 1938 zum Chef der Plankommission (Gosplan) berufene Nikolai A. Wosnessenski alle Kräfte auf den angelaufenen 3. Fünfjahrplan der sozialistischen Industrialisierung. Es handelte sich um einen an und für sich schon angespannten Plan. Das war der Grund, warum der Planungschef auch 1939/40 die „Nachrüstung“ in Grenzen halten wollte.⁵

2 Vgl. dazu. Narotschnizkaja, N., *Welikie woiny XX stoletija*. Moskau 2007, S. 134-138.

3 Förster, G./Helmert H./Schmitter, H., *Der Zweite Weltkrieg*. Leipzig 1962, S. 73

4 Vatter, H., *The U.S. Economy in World War II*. New York 1986, S. 4. Kritisch gegenüber Roosevelts Haltung dagegen: Schweikart, L./Allen, M., *A Patriot's History of the United States*. New York 2007, S. 587.

5 Eatwell, J./Milgate, M./Newman, P., *Problems of the Planned Economy*. New York/London 1990, S. 262.

Die zunehmenden militärischen Provokationen der Achsenmächte und der in Europa schließlich beginnende Krieg schwächten die Isolationisten und stärkten diejenigen Kräfte in der politischen Klasse der USA und UdSSR, die der Meinung waren, ihr Land müsse sich energisch auf eine drohende militärische Auseinandersetzung vorbereiten. Im September 1939 wurde – erstmals in Friedenszeiten – in den USA die Wehrpflicht eingeführt. In den Vereinigten Staaten erhöhten sich die Verteidigungsausgaben, die auch 1939 noch im wesentlichen unverändert geblieben waren, 1940 auf 2,2 Mrd. Dollar bzw. auf 2,20 % des Bruttosozialprodukts. Im März des Jahres waren vom Kongress mit dem „lend and lease act“ (Pacht- und Leihgesetz) Waffenlieferungen der USA an demokratische Staaten – im wesentlichen ging es um Großbritannien – genehmigt worden.⁶

In der Sowjetunion erließ der Oberste Sowjet im September 1939 (also etwa zum gleichen Zeitpunkt wie die USA) das „Gesetz über die allgemeine Militärdienstpflicht“. Bis zum Juni 1941 erhöhte sich die Zahl der in den Streitkräften dienenden Sowjetbürger auf 4,2 Millionen gegenüber 1,8 Millionen 1939.⁷ Der Anteil der Militärausgaben stieg 1940 auf 32,5 % des Budgets – gegenüber 1938 fast eine Verdoppelung.⁸ Insgesamt erwiesen sich diese Maßnahmen als längst nicht ausreichend, um einen halbwegs kontinuierlichen Übergang von der Friedens- in die Kriegswirtschaft zu ermöglichen, als die Stunde der Wahrheit kam und die Achsenmächte im Juni 1941 die UdSSR bzw. im Dezember 1941 die USA überfielen.

3. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Tempo der Umstellung der Friedens- auf die Kriegswirtschaft in den USA und der UdSSR

Ausmaß und Tempo der Umstellung von Friedens- auf Kriegswirtschaft in den Vereinigten Staaten lassen sich in folgenden Zahlen messen: 1942 erhöhten sich die Ausgaben der USA für Armee und Flotte, deren Personal von 1,8 auf 3,9 Mill. stieg, von 6,3 Mrd. Dollar auf 22,9 Mrd. Dollar, der Waffenaufkauf der Zentralregierung verdreifachte sich fast. Die Umstellung erforderte in der Industrie einen Wechsel an Werkzeug, Ausrüstung, Einrichtungen, Arbeitsnormen und eine Rekonstruktion des Maschinenparks.⁹ U. a. musste die amerikanische Autoindustrie, die größte der Welt, von zivilen Fahrzeugen auf

6 Vatter, H., a. a. O., S. 3,5.

7 Kowalenko, D., Geschichte der UdSSR in drei Teilen, Teil II. Köln 1978, S. 273.

8 Förster, G. et al., a. a. O., S. 70,73.

9 Faulkner, Harold U., Geschichte der amerikanischen Wirtschaft, Düsseldorf 1957, S. 727.

militärische umgestellt werden – also auf Jeeps, Lastkraftwagen und Panzer. Zugleich entwickelte die Autoindustrie sich zum größten Zulieferer für den Flugzeugbau. Parallel dazu ging die Zahl der produzierten Personenkraftwagen von 3,8 Mill. (1941) auf 0,2 Mill. (1942) zurück.¹⁰ In den folgenden Kriegsjahren wurde die PKW-Produktion so gut wie ganz eingestellt. In ähnlichem Ausmaß und Tempo vollzog sich die Produktionsumstellung in der Sowjetunion. Nunmehr stellten „Traktorenwerke Panzer her, Landmaschinenwerke erzeugten Granatwerfer.“¹¹

Die Umbrüche in der materiellen Produktion waren aber nur eine Seite des Eintritts in die Kriegswirtschaft, die andere waren Umstellungen in der Wirtschaftslenkung. Ihr Ausmaß wird meistens unterschätzt. Kriegswirtschaft verlangte die Konzentration aller Ressourcen – Rohstoffe wie Industrieausrüstungen – auf ein Ziel: die Verteidigung gegen den Aggressor und dessen Besiegung. Das erforderte in marktwirtschaftlich organisierten Ökonomien institutionelle Reformen, die zu einem hohen Grad der Zentralisierung der Wirtschaftsleitung führten, vom Staat rücksichtsloses Vorgehen gegen die Interessen der Produzenten verlangten, sofern diese nicht mit den Zielen der Zentrale konform gingen, und schloss die Möglichkeit ein, den Willen der zentralen Kriegsführung gegen die Profitinteressen der Unternehmer in „Friedensindustrien“ und gegen die bis dahin für selbstverständlich gehaltenen, teilweise in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erkämpften Ansprüche der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten durchzusetzen. Kriegswirtschaft zog auch Veränderungen in der Eigentumsstruktur nach sich: In den USA wurden mindestens fünf Sechstel der Fabrikneubauten während des Krieges von der Regierung finanziert. Bei Kriegsende gehörten der Bundesregierung z. B. 90 % der Werke zur Herstellung von synthetischem Kautschuk, Flugzeugen, Magnesium und Schiffen.¹²

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur ist die Auffassung verbreitet, dass der Übergang von der sozialistischen Zentralplanwirtschaft zur Kriegswirtschaft kein großer Schritt sei. Schließlich handele es sich in beiden Fällen um Befehlswirtschaft.¹³ Weitaus schwieriger sei dagegen der Übergang von der freien Marktwirtschaft zur Kriegswirtschaft gewesen, da diese Wirtschaftsordnung praktisch das Gegenstück zur zentralstaatlich geführten Kriegswirtschaft sei.

10 Ebenda.

11 Kowalenko, D., Geschichte der UdSSR in drei Teilen, Teil III, Köln 1979, S. 17.

12 Faulkner, H., a. a. O., S. 726f.

13 Eatwell, J. et al., a. a. O., S. 58f., 190.

Geht man von diesen Prämissen aus, dann erstaunt das Ergebnis der Umstellung von Friedens- auf Kriegswirtschaft, wie sie sich 1941/42 tatsächlich in den USA vollzogen hat. Bereits 1942 lag die Industrieproduktion (militärische und zivile) 22 % über dem Niveau von 1941¹⁴.

Zwar kam es, wie der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Harold Faulkner schreibt, „dann und wann zu starken Verknappungen an militärischen und zivilen Gütern. Die ersten Schwierigkeiten hingen hauptsächlich mit den Fabrikationsanlagen zusammen, aber dieses Problem war Mitte 1943 grobenteils gelöst. Um diese Zeit wurde der Bedarf an den meisten Arten militärischer Güter voll gedeckt“. Bereits 1942 hatte die Industrieproduktion (militärische und zivile) 22 % über dem Niveau von 1941 gelegen. Faulkner spricht, sicher nicht zu Unrecht, vom Start der USA in die Kriegswirtschaft als von einem „Produktionswunder“.¹⁵

Das „Produktionswunder“ der USA wäre ohne eine effiziente Verwaltung unmöglich gewesen. Ab 7. Januar 1942, nur einen knappen Monat nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour und damit dem Kriegsbeginn in den USA, koordinierte der Präsident der USA über den War Production Board (WPB) mittels neugeschaffener Ämter die Kriegsanstrengungen von Washington aus. Zu Hauptbehörden des WPB gehörten das Amt für Rüstungsproduktion, das Amt für Zivilverteidigung, das Amt für Rüstungstransporte, das Amt der Leih- und Pachtverwaltung, das Versuchs- und Forschungsamt, der Bundeskriegsrat, der Wirtschaftssozialrat, die Kriegsschiffahrtsverwaltung usw. ¹⁶ Diese Kriegsämter waren zumeist aus jenen Ämtern, „Agencies“ genannt, hervorgegangen, die seit 1933 im Rahmen von Roosevelts New Deal gebildet worden waren und schon vor dem Ausbruch des Krieges Teile des amerikanischen Wirtschaftslebens durch staatliche Lenkungsmaßnahmen beeinflusst hatten.¹⁷

Die Effizienz der Lenkung der Kriegswirtschaft durch diese staatlichen Institutionen hing wesentlich von einer engen Zusammenarbeit mit den privatwirtschaftlichen Unternehmen ab, von ihrer Fähigkeit, auf diese über Lenkungsmaßnahmen, die ihnen die Kriegswirtschaftspolitik lieferte, gezielt Einfluss zu nehmen. Diese Unternehmen, die kleinen wie das Big Business,

14 Faulkner, H., a. a. O., S. 728f.

15 Ebenda.

16 Faulkner, H. ebenda, S.726ff.

17 Roesler, J., Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010, S. 32.

waren an guter Zusammenarbeit insofern interessiert, als von den Lieferungen von Waffen und anderen von den Agencies angeforderten Gütern ihre Gewinne abhingen. Von Seiten der Unternehmen bestand daher auch Interesse, auf die Kriegsämter Einfluss zu gewinnen. Das geschah in den USA – anders als im Falle Deutschlands, wo diese Einflussnahme straff organisiert über die Reichsgruppe Industrie betrieben wurde¹⁸ – gewissermaßen „unter der Hand“, war aber nichtsdestotrotz außerordentlich wirksam. Der Kenner der amerikanischen Kriegswirtschaft, Harold Vatter, spricht von einer Infiltration der für die zentrale Lenkung der Kriegsökonomie verantwortlichen staatlichen Ämter während des Krieges durch die Wall Street. Die enge Kooperation der großen Firmen mit den Kriegswirtschaftsämtern, der von der von ihnen beeinflussten Presse vor allem als Patriotismus dargestellt wurde, bewirkte, dass die in weiten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung während der Weltwirtschaftskrise eingetretene Desillusionierung über die Wall Street abgebaut wurde und nach siegreicher Beendigung des Krieges bewirkte, dass die dem Big Business nahestehenden Republikaner erstmals seit anderthalb Jahrzehnten wieder einen politischen Auftrieb erlebten.¹⁹

In der Sowjetunion kam die Umstellung auf Kriegsproduktion, die im Wesentlichen im zweiten Halbjahr 1941 gelang, eher einem Überlebenswunder der Sowjetwirtschaft als einem Produktionswunder gleich. In der UdSSR sank die Industrieproduktion bis 1942 gegenüber 1940 auf 77 % ab, wobei die Erzeugung in den Rüstungsbranchen gleichzeitig auf 140 % anstieg.²⁰

Dabei fiel auf: Die Umstellung der Zentralplanwirtschaft auf die Kriegswirtschaft erfolgte nicht reibungslos, da die Planwirtschaft der Sowjetunion in den 30er Jahren mit der Kriegswirtschaft der UdSSR eben nicht identisch war. Die Vorgabe der entscheidenden Produktionsprogramme und die Verteilung der knappen Ressourcen wurden nicht einfach in den vorhandenen Institutionen nur noch weiter zentralisiert. Der Historiker Klaus Segbers hat in seiner beachtenswerten Arbeit über die sowjetische Mobilisierungskampagne 1941-1943 betont, dass die Zentralisierung mit Personalisierung und einem gewissen Maße der Flexibilisierung der Wirtschaftsleitung verbunden war.²¹ Zur Flexibilisierung gehörte die intensivere laufende Monats- und Quartals-

18 Mottek, H./Becker, W./Schröter, A., a. a. O., S. 338-339.

19 Vatter, H., a. a. O., S. 149.

20 Hildermeier, M., Die Sowjetunion 1917-1991, München 2007, S. 60

21 Segbers, K., Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941-1943, München 1987, S. 88.

planung, die durch die sich jäh ändernden Erfordernisse der Waffenlieferungen an die Front erforderlich wurde, sowie die verstärkte Komplexplanung. Dabei ging es darum, die Produktion in einem Gebiet auf Kapazitätsausfall bzw. -gewinn in den durch den Kriegsverlauf verlorenen bzw. gewonnenen Gebieten abzustimmen.²² Die faktische Macht der Ministerien ging bereits wenige Tage nach Kriegsausbruch an das Gosudarstvennyj Komitet Oborony (GKO = Staatliches Verteidigungskomitee) über, dem neben Stalin, neben Molotow als Repräsentant der Regierung, Woroschilow als Vertreter der Streitkräfte und Gosplan-Chef Wosnessenski auch international erst später sehr bekannt gewordene Funktionäre wie Malenkow, Mikojan und Bulganin angehörten. Das GKO musste sich selbstverständlich auch erst einarbeiten.²³

Zum Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft gehörte in der Sowjetunion weiterhin auch die Übernahme der Kontrolle durch den Staat über einige selbst in der „Zentralplanwirtschaft Stalinschen Typs“ außerhalb der staatlichen Regulierung gebliebene Wirtschafts- bzw. Lebensbereiche. Damit sind die Herstellung und der Absatz der Produktion der Kolchosen, soweit deren Erzeugnisse das Ablieferungssoll übertrafen, gemeint sowie – noch wichtiger – der Bereich der individuellen (im Unterschied zur gesellschaftlichen) Konsumtion sowie die freie Wahl des Arbeitsplatzes für Millionen Menschen in Industrie und Landwirtschaft – minus der in der „Gulag-Industrie“ zwangsweise zu Hunderttausenden Beschäftigten.²⁴

Die Lebensmittelrationierung wurde in der UdSSR schrittweise eingeführt. Bis zum März 1943 waren 50 Millionen Menschen in das Rationierungssystem einbezogen, ein Jahr später fast 57 Millionen und im März 1945 gab es Lebensmittelkarten für 62 Millionen Bürger.²⁵ In den Vereinigten Staaten begann die Rationierung von Lebensmitteln mit der Ausgabe von Markenbüchern für Zucker und Kaffee, wurde Schritt für Schritt ausgedehnt und betraf ab Mitte 1943 schließlich 95 % der Lebensmittel.²⁶

Die ordnungspolitisch relevanten Umstellungen in der Wirtschaftsorganisation waren ein wichtiger, allerdings nicht der entscheidende Grund warum der Übergang von der Friedens- in die Kriegswirtschaft in der UdSSR unge-

22 Buck, H., *Technik der Wirtschaftslenkung in den kommunistischen Staaten*, Bd. 1, Coburg 1969, S. 96.

23 Ebenda, S. 59.

24 Schützler, H., *Der "Große Vaterländische Krieg"* (Pankower Vorträge, H. 143), Berlin 2010, S. 48.

25 Samsonow, A. M., *Sovetskij Sojus v gody Velikoj Otesestvennoj Voiny*, Moskau 1985, S. 543.

26 Faulkner, H., a. a. O., S. 731.

achtet vieler Ähnlichkeiten mit den Vereinigten Staaten weitaus schwieriger wurde, warum er im ersten Halbjahr des Krieges (Juli bis Dezember 1941) sogar äußerst dramatisch verlief. Der Hauptgrund dafür lag in den Ressourcen-einbußen, die die Sowjetunion durch das rasche Vordringen der Wehrmacht hinnehmen musste. Erst im November 1941 konnte der deutsche Vormarsch zum Halten gebracht werden. In die Hände der Besetzer gerieten bis zum Spätherbst 1941 Gebiete, in denen 40 % der Gesamtbevölkerung der UdSSR lebten und in denen die Mehrzahl der traditionellen und der in den 30er Jahren aufgebauten Industriezentren angesiedelt war. Mit dem Verlust des Donbass gingen z. B. 58 % der Stahlproduktion und 68% der Roheisenproduktion, die wichtigste Rohstoffbasis für die Waffenherstellung, verloren.²⁷

Wenn die Verluste an humanen und materiellen Ressourcen in der UdSSR nicht so groß waren, wie diese Kapazitätsszahlen vermuten lassen, dann war das auf das erfolgreiche Bemühen der Sowjetmacht zurückzuführen, vor der feindlichen Besetzung für die Kriegsproduktion wichtige Industrieausrüstungen und Arbeitskräfte aus dem Westen in den unbesetzten Osten des Landes zu verlagern. Dafür wurde beim noch im Juni 1941 geschaffenen „Staatlichen Verteidigungskomitee“, das fortan „als eine Art Kriegskabinett“ alle Kompetenzen bündelte, ein ihm unterstellter „Evakuierungsrat“ geschaffen. Während der ersten drei Monate nach Kriegsausbruch wurden 1.360 große Betriebe evakuiert, darunter 455 in den Ural, 210 nach Westsibirien und 250 nach Kasachstan und Mittelasien. Die Gesamtzahl der im 2. Halbjahr 1941 evakuierten Betriebe belief sich auf 2.539.²⁸

Einen auch nur irgendwie vergleichbaren Einbruch der faschistischen Gegner auf ihr Territorium erlebten die USA nicht. Zwar gingen vom politischen Herrschaftsgebiet der Vereinigten Staaten zu Kriegsbeginn die Philippinen, Guam, und weitere Südseeinseln verloren, jedoch wagten die japanischen Streitkräfte keine Landung in den Pazifikstaaten der USA. Es blieb beim sporadischen Beschuss der Westküste.²⁹ Schmerzhafteste Verluste an Ressourcen durch feindliche Besetzung betrafen lediglich die Zufuhr von malaysischem Kautschuk. Sie konnte relativ schnell durch eigene Anstrengungen – ganz überwiegend durch die Aufnahme der Produktion künstlichen Kautschuks in eigens dafür errichteten staatseigenen Betrieben – ausgeglichen werden.

27 Deborin, G., *Der Zweite Weltkrieg. Militärpolitischer Abriss*, Berlin 1959, S. 158f.

28 Förster, G., a. a. O., S. 70, 73.

29 Schweikart, L./Allen, M., a. a. O., S. 608.

Nachdem die Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft in den USA und der UdSSR gelungen war, stieg in beiden Ländern in den folgenden Kriegsjahren die Produktion von Waffen kontinuierlich an. In den USA erhöhte sich die Industrieproduktion, am Vorkriegsniveau (1935-1939) gemessen, auf 239 Prozent. 1944 erreichte der Anteil der unmittelbaren Kriegsausgaben 40 % der Gesamterzeugung. In der UdSSR stieg die Industrieproduktion gegenüber 1940, dem letzten vollständigen Friedensjahr (= 100), nach dem Einbruch auf 77 % 1942 bis zum Jahre 1944 auf 104 %. Die Rüstungsproduktion stieg, ebenfalls vom Jahr 1940 aus 1943 auf 224 % und 1944 auf 251 % an.³⁰

Anfang Mai 1945 konnte der Zweite Weltkrieg in Europa durch die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands beendet werden, im September mit der Unterzeichnung der japanischen Kapitulation auch in Asien. Vor den USA und der UdSSR (sowie anderen Teilnehmerstaaten am Zweiten Weltkrieg) stand die Aufgabe, die Kriegswirtschaft zu beenden und zur Friedenswirtschaft zurückzukehren – wie sich herausstellen sollte, auch keine leichte Aufgabe.

4. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Umstellung der Kriegs- ökonomie auf die Friedenswirtschaft in den USA und der UdSSR

Der Wunsch, so bald wie möglich von der durch den Krieg bedingten Ausnahme-situation in die Normalität zurückzukehren war in den USA wie auch in der UdSSR sowohl im Volke als auch bei großen Teilen der Regierenden mächtig. Anders als der Beginn des Krieges, der im Falle beider Staaten von fremden Mächten bestimmt wurde, ließ sich die Beendigung des Krieges anhand des für die Alliierten günstigen Verlaufs der militärischen Operationen nach Midway und Stalingrad ab 1943 annähernd voraussagen. In jenem Jahr ernannten Senat und Abgeordnetenhaus der USA Sonderkomitees, die sich mit der Planung der Umstellung auf die Nachkriegszeit befassen sollten. Diese übergaben entsprechende Aufgaben an die für die Kriegswirtschaft zuständigen Institutionen. Im Jahre 1944 wurde mit dem „Office of War Mobilisation und Reconversion“ (OWMR) eine Institution geschaffen, die für die schrittweise Demobilisierung der Streitkräfte und für die Rekonversion, d. h. die Umstellung der Wirtschaft von Kriegsproduktion auf die Erfordernisse der Friedenswirtschaft zuständig wurde.³¹ Bis Mitte 1947 gelang es,

30 Faulkner, H., a. a. O., S. 272; Hildermeier, M., a. a. O., S. 61.

31 Vatter, H., a. a. O., S. 83ff.

den Produktionsapparat des Landes, der zu fast 50 % für Kriegszwecke benutzt worden war, auf zivile Erzeugung umzuschalten. Bereits bis Mitte 1946 wurden die kriegsbedingten Agencies – insgesamt waren es 165 geworden – bis auf 12 aufgelöst. Ein vom Kongress erlassenes Beschäftigungsgesetz für Kriegsheimkehrer, die „G.I. Bill of Rights“, trug wesentlich dazu bei, das Arbeitslosenproblem für die ehemaligen Kriegsteilnehmer zu erleichtern. Das Gesetz sah Arbeitslosenunterstützung, Hilfe bei der Arbeitsvermittlung und die Möglichkeit der Fortsetzung der Ausbildung für eine Zeitdauer von bis zu vier Jahren vor und trug wesentlich dazu bei, dass die Massenarbeitslosigkeit, die vor dem Krieg in den USA geherrscht hatte, nicht wiederkehrte.³²

In der Sowjetunion wurde 1944 damit begonnen, die Rüstungsproduktion zugunsten der Erzeugung von Konsumgütern einzuschränken. Ende Mai 1945, d. h. kurz nach Kriegsende, beschloss das Staatliche Verteidigungskomitee (GKO) „Maßnahmen zur Umstrukturierung der Industrie in Zusammenhang mit der Verringerung der Waffenproduktion“. Es benannte landesweit die Werke, in denen unverzüglich die Produktion von Waffen eingestellt werden sollte, damit deren Kapazitäten für die zivile Produktion zur Verfügung standen. Dass GKO traf auch Maßnahmen, damit die von der Front zurückkehrende Soldaten und Offiziere in der Wirtschaft entsprechend ihrer Qualifikation – unter Berücksichtigung auch der während des Krieges erworbenen beruflichen Fähigkeiten – eingesetzt werden konnten.

Besondere Aufmerksamkeit widmete das GKO den 1941-1943/44 von deutschen Truppen besetzten und bei deren Abzug im Zuge der „Politik der verbrannten Erde“ stark in Mitleidenschaft gezogenen Regionen. Für 15 Städte, darunter Stalingrad, wurden Wiederherstellungspläne beschlossen, ebenso für die Rekonstruktion zerstörter Industriezentren. Im Donbass hatte man bereits unmittelbar nach der Befreiung der Region 1944 mit dem Wiederaufbau begonnen.³³

Alle Maßnahmen, die das Niveau der zivilen Produktion vor dem Krieg wiederherstellen und es übertreffen sollten, wurden im März 1946 im 4. Fünfjahrplan (1946-1950) zusammengefasst. Das Staatliche Verteidigungskomitee war bereits im September 1945 aufgelöst worden. Seine Funktionen gingen wieder an eine zivile Regierungsbehörde über, den Rat der Volkskommissare, ab März 1946 als Ministerrat der UdSSR bezeichnet. Im 2. Halbjahr 1946 wurde auch Gosplan reorganisiert. Die Plankommission strukturierte

32 Faulkner, H. a. a. O., S. 740f.

33 Poljanowski, F. /Shamin, W. u. a, *Ekonomiceskaja istorija socialisticeskich stran*, Moskau 1971, S. 301f; Kowalkenko, D., a. a. O., S. 86

sich nunmehr wieder – wie in der Vorkriegszeit – entlang von Industrie- bzw. Wirtschaftszweigen. Ende des Jahres war die Umstellung der wirtschaftsleitenden Organe von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft abgeschlossen.³⁴

In den USA wurden die kriegsbedingten Verwaltungsstellen bis Mitte 1946 aufgelöst. Die Umstellung der Erzeugung konnte bis Mitte 1947, d. h. innerhalb eines Zeitraumes von zweieinhalb Jahren, abgeschlossen werden. Die mit der Produktionsumstellung der Fabriken zeitweilig verbundenen Produktionseinschränkungen hielten sich in den USA – verglichen mit dem Ende des Ersten Weltkrieges – u. a. wegen der besseren Vorbereitung der Rekonversion in Grenzen. Faulkner hat die „mit überraschendem Erfolg“ durchgeführte Konversion der Erzeugung auf zivile Bedürfnisse ganz und gar ordnungspolitisch begründet. „Den Antrieb dazu gab der Markt, der den in dreieinhalb Jahren angestauten Bedarf möglichst rasch befriedigen wollte“.³⁵

In der Sowjetunion hatte sich dieser Bedarf in vier Jahren natürlich ebenso angestaut. Dort war es der Plan, mit dessen Hilfe es bis Ende 1946 gelang, die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft zu vollziehen. Die durch die Umstellungsarbeiten bewirkten Produktionsunterbrechungen waren ausgedehnt und bewirkten, dass die Gesamtproduktion zunächst einmal 1946 gegenüber 1945 um 17 % sank. Während sich in den USA die Umstellung auf einem insgesamt höheren Produktionsniveau als vor dem Kriege vollzog, musste sie in der UdSSR bei einem niedrigeren Niveau vollzogen werden. Der Vorkriegsstand wurde im vierten Quartal 1947 erreicht und 1948, dem dritten Jahr des vierten Fünfjahresplanes, übertroffen.³⁶

Der in den USA und der UdSSR allgemein verbreitete Wunsch, nach dem Kriege wieder zur Normalität zurückzukehren, hatte – nicht nur für die politische Klasse beider Länder – nicht nur seine produktionstechnischen, sondern auch seine ordnungspolitischen Aspekte. Schließlich hatte die Kriegswirtschaft auch auf dem Gebiet der politischen, ökonomischen und sozialen Organisation zu beträchtlichen Veränderungen geführt. Doch was bedeutete in diesem Falle Rückkehr zur Normalität? Welcher ordnungspolitische Zustand war anzustreben? Darüber gab es sowohl in der Führung der UdSSR als auch innerhalb der politischen Elite der USA divergierende Ansichten.

34 Poljanowskli, F. Mm, a. a. O., S. 302.

35 Faulkner, H., a. a. O., S. 740.

36 Kowalenko, D., a. a. O., S. 76.

5. Die Auseinandersetzungen um das ordnungspolitische Erbe der Kriegswirtschaft in der Nachkriegszeit

In der Sowjetunion vertrat Planungschef N. A. Wosnessenski die Auffassung, dass die Rückkehr zur Friedenswirtschaft bedeuten müsse, die mit Kriegsbeginn abgeschafften Bereiche der nichtzentralen Steuerung – die Verteilung der Arbeitskräfte auf die Arbeitsplätze entsprechend der freien Wahl der Produzenten, die freie Konsumwahl innerhalb des vorhandenen Angebots, den teilweisen Verkauf der Produkte der Kolchosen auf den Kolchosmärkten an die Bevölkerung zu freien Preisen – wieder aus dem Plan zu nehmen und in den Markt zu entlassen. Andere, auch Stalin, waren der Überzeugung, dass der gewonnene Krieg bewiesen habe, dass mehr Zentralisierung auch in Friedenszeiten besser sei. Wosnessenski war unmittelbar nach dem Kriege ein Mann von Einfluss. Wegen unzureichender Vorbereitung des Kriegseintritts 1941 von der Leitung der Plankommission zeitweilig ausgeschlossen, arbeitete er bei Gosplan seit Februar 1942 wieder in verantwortlicher Position mit, ab Dezember 1942 erneut als ihr Vorsitzender. In dieser Funktion schuf er die organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass 1943 die Waffenproduktion in der UdSSR ihren Höhepunkt erreichte. Deswegen allgemein geachtet und von Stalin 1947 zum Politbüromitglied ernannt, konnte er beim Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft seine Vorstellungen propagieren und entsprechende Maßnahmen einleiten.³⁷

Im Herbst 1946 wurde gemäß den Vorgaben der Plankommission die Rationierung von Brot, Mehl, Grütze und Teigwaren aufgehoben. Ab Dezember 1947 waren auch alle anderen Lebensmittel und wichtige industrielle Konsumgüter wieder im freien Handel zu erwerben. In Europa war die UdSSR damit der erste der bis 1945 kriegsführenden Staaten, der die Lebensmittelrationierung wieder aufhob. Bereits in den ersten Monaten nach dem Kriege war in der Sowjetunion die Arbeitsdienstpflicht aufgehoben worden. Die einsetzende große Fluktuation von Arbeitskräften konnte nur mittels des Einsatzes „ökonomischer Hebel“ eingedämmt werden. So erhielten z. B. Arbeiter im Kohlebergbau Lohnzuschläge sowie Vergünstigungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung. Auch wurden unter dem Gesichtspunkt der lokalen Verfügbarkeit von Arbeitskräften für zivile Produktionen langfristige Kredite für den Eigenheimbau gewährt.³⁸

37 Eatwell, J. et al., a. a. O., S. 262.

38 Kowalenko, D., a. a. O., S. 81f.

Anders als Wosnessenski und seine Anhänger tendierte Stalin jedoch zu der Auffassung, dass ein größtmögliches Maß an Zentralisation, der staatlich festgelegte Arbeitseinsatz und die detaillierte Zuteilung von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern, sich nicht nur im Kriege bewährt hätten, sondern auch unter Friedensbedingungen bewähren würden. Wosnessenski wurde Anfang 1949 aus seinen Funktionen entfernt, bald darauf in Zusammenhang mit der „Leningrader Affäre“ verhaftet. Er starb 1950. Vollständig zurücknehmen ließen sich jedoch die die Wirtschaftsorganisation der Vorkriegszeit wiederherstellenden Maßnahmen, die Gosplan unter Wosnessenski getroffen hatte, nicht mehr.³⁹

Auch in den USA wurde die Wiederherstellung der „Normalität“ nach Beendigung der fast vierjährigen Kriegsperiode von allen als selbstverständliches Ziel betrachtet, aber unterschiedlich interpretiert. Das Big Business, dessen politischer Arm damals die Republikaner waren, verstand unter Rückkehr zu Normalität Verhältnisse wie sie in den USA nicht in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg, sondern vor der Weltwirtschaftskrise d.h. in den 20er Jahren, insbesondere unter der Präsidentschaft des Republikaners Herbert Hoover geherrscht hatten.⁴⁰ Hoover hatte die Auffassung vertreten und gelebt, dass der Staat sich so wenig wie möglich in die Wirtschaft einmischen solle. Wenn man nur die Steuern niedrig hielte, floriere die Wirtschaft und das Land von selbst. Der Wahlkampfslogan der sich auf Hoover berufenden Republikaner „Ist es nun nicht genug?“ richtete sich an jene amerikanischen Wähler aus dem Mittelstand, die nach der Überwindung von Krise und Krieg genug hatten vom New Deal, von Staatseinmischung in die Wirtschaft, von mächtigen Gewerkschaften, von der Herrschaft von Roosevelts Demokraten.

Die Anhänger der Demokraten wollten dagegen nach dem Kriege ordnungspolitisch nicht weiter zurück gehen als bis zu Roosevelts Mixed Economy, d. h. die Wirtschaftslenkung sollte lediglich auf kriegswirtschaftlich bedingten staatlichen Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitskräfte lenkung und der Lebensmittelversorgung verzichten. Die Demokraten traten dafür ein, die New-Deal-konformen, vor allem die sozial Schwächere stützenden Maßnahmen der Kriegswirtschaftszeit beizubehalten. Mit dem Tod von Präsident Roosevelt und mit der Verhinderung einer erneuten Vizepräsidentschaft von Henry Wallace, dem Führer des progressiven Flügels der Demokratischen Partei, zugunsten von Harry Truman hatten die Anhänger des

39 Wolkogonow, D., Stalin. Triumph und Tragödie, Düsseldorf 19789, S. 700 ff.

40 Freeman, J., American Empire 1945-2000, New York 2012, S. 45.

New Deal jedoch ihre populärsten bzw. energischsten Repräsentanten verloren.⁴¹

In den Kongresswahlen von 1946, die von den Republikanern gegen „big government, big labor, big regulation“ (zuviel Regierung, zu große Macht der Arbeitenden, zuviel Regulierung) geführt wurden, erlitten die Demokraten eine Niederlage. 37 der bis dahin von ihnen besetzten 69 Plätze im Kongress gingen ihnen verloren. In beiden Häusern gab es erstmals seit dem Ausbruch Weltwirtschaftskrise wieder eine republikanische Mehrheit. Der 18. Kongress in der Geschichte der USA, so loben ihn die konservativen US-Geschichtswissenschaftler Larry und Michael Allen, „verabschiedete das erste ausgeglichene Budget seit der großen Krise, kürzte die Steuern um fast 5 Mrd. Dollar, liquidierte das sozialistische Gesundheitssystem und verabschiedete das Taft Hartley Gesetz.“⁴² Dieses Antigewerkschaftsgesetz schwächte die Kampfkraft der wichtigsten Massenorganisationen, die hinter dem New Deal standen, beträchtlich, vor allem die CIO. Selbst Präsident Harry Truman, Demokrat, aber keineswegs ein Anhänger des New Deal, wurde aufgeschreckt, konnte das Inkrafttreten des Taft-Hartley-Gesetzes aber nicht verhindern.

Aufgeschreckt wurde auch ein Teil der amerikanischen Wähler. Die Präsidentschaftswahlen 1948 gewann der Demokrat Truman. Damit war entschieden: Die Vereinigten Staaten kehrten nicht zum Laissez-faire zurück, das vor der Weltwirtschaftskrise geherrscht hatte. „Big government“ fand noch nicht sein Ende.

In den Jahrzehnten, die folgten, dehnte die Bundesregierung ihre regulierende Wirtschafts- und Sozialpolitik eher noch aus. Von den Beschäftigten in den Leitungsinstitutionen der Bundesstaaten und auf lokaler Ebene entfiel mit der Zeit ein immer wachsender Anteil von Jobs auf den Bereich Ökonomie. Die Zeit der Kriegswirtschaft hatte diesen Trend soweit gestärkt, dass das von den Republikanern so leidenschaftlich bekämpfte „big government“ seine Nachkriegskrise in den Grundzügen überlebte. Die Mixed Economy, die während des New Deal entstanden war, setzte sich in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten fort.⁴³ Was jedoch durch die Praktiken der Kriegswirtschaft gegenüber der Zeit des New Deal in der Nachkriegszeit grundsätzlich anders geworden war, waren die Einwirkungsmöglichkeiten des Big Busi-

41 Freeman, J., a. a. O., S. 45-46.

42 Schweikart, L./Allen, M., a. a. O., S. 632.

43 Yergin, D./Stanislaw, J., Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage des Jahrhunderts, Frankfurt 1999, S. 74-76.

ness auf Regierungsinstitutionen, insbesondere auf jene, die den Umfang der Rüstungen bestimmten, die nach der Rekonversionsphase 1945-1947 ab 1948 mit Beginn des Kalten Krieges zu einem wesentlichen Bestandteil auch der „Friedenswirtschaft“ wurden. Diese in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht so deutlich wahrgenommenen Beziehungen zwischen Staat und Konzernen hat der scheidende Präsident Eisenhower 1961 als „militärisch-industriellen Komplex“ bezeichnet und öffentlich gemacht.⁴⁴

6. Abschließende Bemerkungen

Der Zweite Weltkrieg führte in den USA und in der UdSSR zu ökonomischen Umbrüchen – bei Kriegseintritt wie auch nach Kriegsende. Diese betrafen sowohl die Produktionsstruktur und die Beschäftigung als auch die Wirtschaftsorganisation und damit auch die Wirtschaftsordnung. Während Beginn und Ende der Kriegswirtschaft produktionstechnisch empirisch gut erfassbar und Umfang und Zeitdauer der Konversion bzw. Rekonversion ziemlich genau datierbar sind und von Historikern wie Wirtschaftshistorikern ausreichend beschrieben sind, ist die ordnungspolitische Seite nicht nur des Beginns und Endes der kriegswirtschaftlichen Periode, sondern der Kriegswirtschaft überhaupt bis heute unterbelichtet geblieben.

Die unter Wirtschaftswissenschaftlern häufig anzutreffende Vorstellung, dass das Ausmaß der Umstellungen von der Zentralplanwirtschaft auf die Kriegswirtschaft wegen der Ähnlichkeit, wenn nicht gar Identität beider „Befehlswirtschaften“ gering gewesen sei im Vergleich zur Umwandlung der Marktwirtschaft in eine Kriegswirtschaft, lässt sich, wie der realgeschichtliche Vergleich zeigt, für die beiden behandelten historischen Fälle nicht verifizieren.⁴⁵ Weder war die Planwirtschaft der UdSSR in Friedenszeiten so staatlich zentralisiert noch waren deren Vorgaben so natural bestimmt wie während der sowjetischen Kriegswirtschaft. Auch war die Marktwirtschaft der USA vor Kriegseintritt keineswegs so frei von jeder Staatseinmischung, dass die Umstellung von Friedens- auf Kriegswirtschaft bzw. der umgekehrte Vorgang staatsorganisatorisch völlig neue Strukturen geschaffen hätte. Die deutlich schwierigere Umstellung beim Übergang von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft ergab sich – entgegen allen Behauptungen über den engen Zusammenhang zwischen Planwirtschaft und Kriegswirtschaft bzw. über den fundamentalen Gegensatz zwischen jeder Art Marktwirtschaft und Kriegs-

44 Vatter, a. a. O., S. 149.

45 Eatwell et al., a. a. O., S. 58-62

wirtschaft – nicht für die USA, sondern für die Sowjetunion. Dies resultierte einerseits aus den von vielen Wirtschaftswissenschaftlern gern gelegneten notwendig werdenden Umstellungen der Planwirtschaft auf die Kriegswirtschaft, mehr noch aus den Ressourcenverlusten durch die rasche Besetzung des Landes durch die Wehrmacht, aber auch aus einer seitens der Sowjetunion noch unzureichenderen Vorbereitung auf den Krieg als dies seitens der USA der Fall gewesen war.

Der Ausstieg aus der Kriegswirtschaft vollzog sich in den USA und der UdSSR – soweit es um die Umstellung der Erzeugnisstruktur ging und bezüglich des Zeitrahmens – ähnlich. Eine rechtzeitige organisatorische Vorbereitung der Umstellung noch in den letzten Kriegsmonaten sicherte den (fast) reibungslosen Verlauf der Rekonversion. Bezogen auf ihre Produktionsstruktur wurde die Kriegswirtschaft in beiden Ländern rasch beendet.

Eine andere Aussage, vor allem hinsichtlich ihrer Langzeitwirkung, ergibt sich für die dem Kriegsende nachfolgenden Jahre unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten. Unter der Losung „Rückkehr zur Normalität“ ging es darum, zu bestimmen, welche kriegswirtschaftlichen „Errungenschaften“ ordnungspolitisch in die Friedenswirtschaft einfließen sollten. In den USA gelang es den die Interessen des Big Business vertretenden Republikanern nur teilweise, die Errungenschaften des New Deals, die hinsichtlich Staatslenkung und Arbeitsnehmerrechten während der Kriegsjahre 1941-1945 weiter ausgebaut worden waren, als allein kriegswirtschaftlich bedingt und damit in Friedenszeiten überflüssig hinzustellen. Die Wirtschaft der USA und – vermittelt über den Marshallplan – auch Westeuropas blieb mindestens drei Jahrzehnte lang im wesentlichen eine „Mixed Economy“. In der UdSSR setzte sich bei Stalin und seinen unmittelbaren Anhängern unter Berufung auf den mit Hilfe der Kriegswirtschaft errungenen Sieg über den Faschismus die Auffassung durch, dass die während des Krieges erprobten Lenkungsmaßnahmen, die im Interesse rascher Umstellung der Erzeugnispalette und schneller Zunahme des Produktionsausstoßes durch eine stark zentralisierte, außerordentlich detaillierte und vielfach naturale Planung gekennzeichnet waren, so weit wie möglich beizubehalten seien.

Dieses starre Planungssystem wurde nach dem Kriege auch auf die osteuropäischen volksdemokratischen Staaten übertragen. Dabei diente der Sieg der UdSSR über Hitlerdeutschland 1941-1945 als letztlich ausschlaggebender Beweis, der auch die angehenden Planer in den osteuropäischen und ostasiatischen Ländern überzeugte, dass die Planwirtschaft ihrer Länder gleich der sowjetischen Planungspraxis Ende der 40er sein müsse und nicht etwa

gleich derjenigen, die Wosnessenski für die Wirtschaft der UdSSR nach dem Kriege vorgesehen hatte. Fritz Selbmann, der erste Industrieminister der DDR, formulierte seine so gewonnene Überzeugung so: „Wir werden bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Produktionseinheit der volkseigenen Industrie durchplanen.“⁴⁶ Und Heinrich Rau, der erste Planungsminister der DDR, freute sich Anfang der 1950er Jahre noch über jeden VEB, dessen Kapazitäten mehr noch als im Vorjahr durch naturale Planaufgaben der Zentrale ausgelastet wurden.⁴⁷

Die planwirtschaftlichen Vorstellungen Wosnessenskis für die Nachkriegszeit wurden nur in einer „Nische“ verwirklicht: Bei der Organisation der Planung der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, auf die 1948 immerhin ein Fünftel der Industrieproduktion, darunter vor allem Großbetriebe, Ostdeutschlands, entfielen. Verantwortlich dafür zeichnete Anastasij I. Mikojkan. Die größeren Rechte der „Sowjettrusts“ gegenüber der Moskauer Zentrale rechtfertigte er damit, dass die SAG-Betriebe sich darauf einrichten müssten, auch nach Zusammenschluss der Besatzungszonen im vereinigten Deutschland zu produzieren und auf ökonomische Herausforderungen in der Lage zu sein, flexibel zu reagieren.⁴⁸

Die von mir entsprechend des historisch-vergleichenden Analyseversuchs hier vertretene These, dass es sich bei der Kriegswirtschaft um eine Wirtschaftsordnung sui generis auf Zeit (Kriegsdauer) handele, verlangt auch eine Antwort auf die Frage wie dann der Übergang von der Plan- bzw. Marktwirtschaft zur Kriegswirtschaft bzw. dessen Rückführung in eine Friedenswirtschaft zu charakterisieren sei. Hinsichtlich der qualitativen Umbrüche, die mit der Umstellung bewirkt werden, liegt es nahe, diesen Vorgang als Transformation zu bezeichnen. Wegen der Kürze der Zeit, in der diese Umstellung, um das Land im (drohenden) Krieg zu behaupten bzw. den „Normalzustand“ wieder herzustellen, historisch vollzogen wurde, halte ich die Bezeichnung Transition für angebrachter. Dass es sich speziell bei der Umstellung von Kriegsauf Friedenswirtschaft nicht um eine vollständige (Re-)Transition gehandelt hat (genauso wenig wie der Umfang der Rüstungen im Falle der Rekonversion auf das Vorkriegsmaß zurückgeführt wurde), hatte für die Nachkriegsord-

46 Selbmann, F., *Demokratische Wirtschaft*, Dresden 1948, S. 109.

47 Roesler, J., *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR*, Berlin 1978, S. 150.

48 Karlsch, R., *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53*, Berlin 1993, S. 10-11.

nung weitreichende Folgen. In der Sowjetunion und nachfolgend in Osteuropa wurden gewisse Lenkungsstrukturen der Kriegswirtschaft beibehalten, die die Planwirtschaft in der Nachkriegszeit zentraler, natürlicher und starrer machten. Diese Lenkungsstrukturen bewährten sich noch einigermaßen, solange es wirtschaftlich um die Umstrukturierung der Volkswirtschaft auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche und Industriezweige mit dem Ziel der „sozialistischen Industrialisierung“ ging. Sie erwies sich aber eindeutig als negativ, als ab etwa Mitte der 60er Jahre die Weiterentwicklung der Produktion und des Bedarfs nach mehr Flexibilität und Entscheidungsspielraum der Betriebe für eine Leitung und Planung der Volkswirtschaft verlangte.

Auch in den USA hatte die Kriegswirtschaft langfristig ordnungspolitische Auswirkungen auf die Nachkriegszeit. Der militärische Sieg hob das Ansehen der Staatseinmischung in die Wirtschaft auf ein Podest, das Roosevelts Mixed Economy bei der (unvollständigen) Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise in den USA niemals hatte gewinnen können. Die Bestrebungen der Republikaner unter der Losung der „Wiederherstellung des Normalzustandes“ wieder zur laissez-faire-Wirtschaft der 20er Jahre zurückzukehren, ließ sich nicht einmal annähernd verwirklichen. Es blieb weitgehend bei der durch Roosevelt eingeführten Mixed Economy. Diese ein stetiges hohes Wachstum generierende neue ordnungspolitische Phase dauerte in den USA unter parteipolitisch unterschiedlich geprägten Regierungen bis Anfang der 70er Jahre an. Erst unter Präsident Richard Nixon begann ihre Demontage.

Das erlaubt folgende Schlussfolgerung: Bei der Analyse der Kriegswirtschaft der USA und UdSSR während des Zweiten Weltkriegs darf nicht übersehen werden, dass sie über ihre militär- und produktionstechnische Seite hinaus auch wirtschaftspolitisch von großer Bedeutung war. Die Kriegswirtschaft hat sowohl kurzfristig über die Rekonversion, mehr aber noch langfristig – hinsichtlich der Übernahmen der im Rahmen der Kriegswirtschaft ausgelösten ordnungspolitischen Veränderungen in den USA und der UdSSR und darüber hinaus– in die Nachkriegszeit hinein gewirkt.